

Calmer Tagblatt

Nr. 73.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

95. Jahrgang.

Erstausgabe 1861; 6 mal wöchentl. Angelegentlich: Die kleinste Seite 40 W. Reklamieren 1.50 W. — Schluß der Anzeigenannahme 9 Uhr vormittags. — Fernsprecher 9.

Sams tag, den 27. März 1920.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn W. 8.40 vierteljährlich, Postbezugspreis W. 8.10 ohne Bestellgeld.

Die Regierungskrise.

(W.B.) Berlin, 26. März. Das gesamte Kabinett ist zurückgetreten. Die für heute angeordnete Sitzung der Nationalversammlung ist abgesetzt.

Das gesamte Ministerium Bauer ist zurückgetreten. Es war ein böser Zickzackweg, den die Regierung ging, bis sie zu diesem Entschluß kam, der nichts anderes als einen Sieg der Straße und der linksradikalen Elemente bedeutet; und es wird gut sein, ein bißchen auszuholen und auf die Vorgeschichte dieses entscheidenden Ereignisses einzugehen. Am 18. März, dem Tag nach der Verkündung des Urteils im Erzberger-Helfferich-Prozess, fand in Berlin der Militärputsch der Rapp-Lüttwigs statt. Die Urheber des Putschs sahen bald ein, daß ihr Abenteuer mißglückt war; da es ihnen nicht gelang, die Regierung zu stürzen, suchten sie wenigstens einige wesentliche Forderungen ihres Programms auf dem Weg von Verhandlungen durchzusetzen, vor allem sofortige Ansetzung von Neuwahlen, Wahl des Reichspräsidenten durch das Volk und Umbildung des Kabinetts, wobei Fachminister vorgezogen werden sollten. Diese drei, im Grunde gerechten und dem Empfinden weiter Kreise entsprechenden Forderungen wurden von der Regierung Ebert-Bauer bekanntlich auf das schroffste abgelehnt. Man wollte sich auf gar keinen Fall in Verhandlungen einlassen und das Berliner Abenteuer in sich selbst zusammenbrechen lassen. Als Hauptwaffe dazu diente der Generalkrieg. Am 17. März sind denn auch Rapp und Lüttwig „bedingungslos zurückgetreten.“ Die Demokratie und die Republik schienen glänzend gerettet, und in alle vier Winde wurde der Sieg über die Reaktion hinausverkündet. Es wäre alles schön und gut gewesen, das Ausland hätte diesem Sieg seine Anerkennung nicht versagen können, wenn nicht das dicke Ende nachfolgte. Die Rapp-Lüttwigs hatten in ein Wespennest gestochen. In allen Ecken und Enden des Reiches regte sich drohend der Bolschewismus. Wie ein heimlich schleichender Auszug hatte er sich von Rußland zu uns herübergefahren und im Verborgenen sich ausgebreitet, und nun bedeckte der Berliner Putsch mit einem Schlag alle die verborgenen Pesterde auf. Manchem mögen mit Schrecken die Augen über die wahre Ausdehnung des Bolschewismus in Deutschland aufgegangen sein. Denn niemand wird im Ernst glauben, daß alle die bolschewistischen Aufrührerbewegungen in Sachsen, Thüringen, Pommern und vor allem im rheinisch-westfälischen Industriegebiet bloß die Reaktion auf den so rasch niedergebückten Militärputsch waren. Im Ruhrgebiet erstand in wenigen Tagen eine große rote Armee von 40 bis 60 000 Mann, die alle bis an die Zähne bewaffnet, mit Minenwerfern und Geschützen ausgerüstet waren; so etwas ist nur nach einer langen und sorgfältigen Vorbereitung möglich. Mit andern Worten: Der bolschewistische Auszug wäre auch ohne das Rapp'sche Abenteuer, wenn auch nicht so rasch gekommen.

Seltener war das Verhalten der Regierung Ebert-Bauer. Gegenüber dem uns jetzt klein und fast harmlos erscheinenden Berliner Abenteuer wurde eine entschlossene, feste und einmütige Haltung angenommen. Auch nicht der kleine Finger wurde zu Verhandlungen dargereicht. „Bedingungslos“ mußten die „Hochverräter“ kapitulieren, und nicht schnell genug konnte man ein neues Gesetz verfassen, das besonders empfindliche Strafen, so die Vermögensentziehung, für die Hochverräter vorsah. Und mit lauter Mut versicherte der Reichsminister des Innern, daß es im Kampf gegen Rapp und seine Leute „nur ein Entweder — Oder“ geben könne. Wie wehrte sich nun die Regierung gegen die Gefahr, die plötzlich von links her erwuchs? Diese Gefahr ist wahrhaftig nicht kleiner; die letzten Tage mit ihren Meldungen über die Besetzung des Ruhrkohlengebietes durch die kommunistische rote Armee haben gezeigt, wie ungeheuer, wie vernichtend für den Bestand des Reiches diese Aufstandsbewegung ist. Hier schlug die Regierung eine ganz andere Taktik ein. Sie zeigte sich sofort zu Verhandlungen bereit. War das Verhalten der militärischen Reaktion gegenüber — Stärke, das Verhalten den Linksradikalen gegenüber — Schwäche? Der Generalkrieg, der anfänglich gegen die militärische Reaktion gerichtet war, ging auch nach dem Rücktritt Rapps weiter. Die linksradikalen Arbeiter hatten ihre Macht zu fühlen begonnen und benützten den Anlaß als willkommenen Gelegenheit für die Verwirklichung ihrer Ziele. Die Berliner Gewerkschaften stellten deshalb am letzten Samstag der Regierung wegen der Beendigung des Generalkriegs ein Ultimatum mit folgenden Punkten:

1. Entscheidender Einfluß der Gewerkschaftsorganisation auf die Neubildung der Regierung und auf die wirtschaftliche und soziale Gesetzgebung.
2. Entlassung und Bestrafung aller am Putsch Beteiligten.
3. „Reinigung“ der öffentlichen Ämter.
4. Verwaltungsreform unter Mitwirkung der gewerkschaftlichen Organisationen.
5. Weiterbau der Sozialgesetzgebung.
6. Sofortige Sozialisierung der „reisen“ Wirtschaftszweige, Übernahme des Kohlen- und Kalksteinabbaus auf das Reich.
7. wirksame Erfassung, gegebenenfalls Enteignung der Lebensmittel.
8. Auflösung der gegenrevolutionären militärischen Formationen, Ersatz durch zuverlässige republikanische Formationen.
9. Rücktritt von Noske und Heine.

Die Vertreter der drei Regierungsparteien verpflichteten sich, bei ihren Fraktionen für die Annahme dieser Forderungen einzutreten. Die Regierung scheute sich auch nicht, den Reichswehrminister Noske der rasenden Berliner Meute zum Opfer zu bringen. Es genügte nicht; dem kleinen Finger mußte die ganze Hand folgen. Der Generalkrieg wurde fortgesetzt. Zu den 9 Forderungen kamen noch vier weitere hinzu: 1. Rückzug der Truppen auf die Spreeinsel, 2. Aufhebung des verschärfsten Belagerungszustands, 3. kein Angriff auf die bewaffneten Arbeiter, besonders im Ruhrgebiet, 4. Ausnahme von gewerkschaftlich organisierten Arbeitern in alle Sicherheitswehren. Diese 13 Forderungen, die auch von den Aufrührern im Ruhrkohlengebiet erhoben wurden, bedeuteten nichts anderes als eine Diktatur des gewerkschaftlich organisierten Proletariats. Die Leiter der Reichsregierung haben sich durch „bindende Erklärungen“ zu den Forderungen verpflichtet; dieselben Männer, die jegliche Verhandlung mit den Führern des Militärputsches entrüftet ablehnten, sie haben sich unter die Diktatur eines Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes gebeugt. War das noch eine Regierung der gemäßigten Mitte? Nach rechts verstand sie, scharfe Grenzen zu ziehen und zu wahren, nach links hielt sie keine trennende Linie fest. Selbst bürgerlich demokratische Blätter wie die „Frankf. Zeitung“ neigten sich in der ersten Aufwallung gegen die militärische Reaktion in sehr verhängnisvoller Weise mit dem Bolschewismus. Ein Paktieren mit diesem heißt jedoch, ihm die Seele verschreiben. Bitter hat sich jetzt die schwankende Haltung der Regierung gerächt. Bei ihrer Umbildung war nicht mit dem Punkt 1 der oben genannten 9 Forderungen gerechnet worden. Die Folge war der Rücktritt des gesamten Kabinetts, der zweifellos auf den Druck der Gewerkschaften und der Bolschewisten im Ruhrgebiet erfolgt ist, die jene Forderung geltend gemacht haben. Damit haben wir die Herrschaft der Straße festzustellen. Soll sie sich auf ganz Deutschland ausdehnen? Soll dem Bolschewismus Tür und Tor geöffnet werden? Im schlimmsten Falle gibt es keine andere Rettung als die Trennung von Berlin, wie sie ja neulich auch in einem halbamtlichen Aufsatze des württ. „Staatsanzeigers“ angedeutet wurde.

H. O. R.

Die Zwischenregierung.

(W.B.) Berlin, 26. März. Der Reichspräsident hat bis zur Neubildung des Kabinetts das alte Kabinett mit der Fortführung der Geschäfte beauftragt.

Versuche einer Kabinettsbildung.

(W.B.) Berlin 26. März. Nach parlamentarischen Mitteilungen haben im Laufe des Nachmittags verschobene ergebnislose Versuche einer Kabinettsbildung stattgefunden, an denen der Gewerkschaftsführer Legien und Minister Müller beteiligt waren. Die Lage blieb jedoch völlig ungeklärt. Immerhin wird auch noch in den Abendstunden in Kreisen der Nationalversammlung daran festgehalten, daß Hermann Müller Reichskanzler wird und eine Ministerliste in Umlauf gesetzt hat, die Bauer als Reichsarbeitsminister, den Demokraten Haas als Justizminister, Landsberg als Außenminister, Gehler als Reichswehrminister, Cuno als Reichsfinanzminister nennt. Schmidt soll Wirtschaftsminister bleiben, während das Ernährungsministerium mit einem Sozialdemokraten besetzt werden soll. Noch behält das Reichsministerium des Innern. Als Reichsfinanzminister wird wiederum der Zentrumabgeordnete Birich genannt. David und Giesberts behalten ihre Posten. Irgend eine amtliche Beglaubigung dieser Liste liegt bisher noch nicht vor.

Rücktritt des gesamten preussischen Kabinetts.

* Berlin, 27. März. Dem „Berl. Tagebl.“ zufolge hat gestern Nachmittag auch das preussische Kabinett in seiner Gesamtheit demissioniert. Die Neubildung dürfte der Sozialist Gräf übernehmen.

Die Wirren im Reich.

Vor einem neuen Generalkrieg?

* Berlin, 27. März. Nach den Morgenblättern wurde in einer Versammlung von etwa 1000 Betriebsräten der U.S.P.D. und der R.P.D. in Berlin eine Entscheidung angenommen, in der das Proletariat aufgefordert wird, sich für eine neue Kraftanstrengung bereit zu machen und der Aktionsausschuß beauftragt wird, sofort alle Maßnahmen für einen Generalkrieg zu treffen.

Ein Aufruf der Reichsregierung.

Die Reichsregierung hat an die Bevölkerung von Rheinland und Westfalen einen Aufruf gerichtet, worin alle befähigten Arbeiter aufgefordert werden, jede Kampfhandlung einzustellen. Noch jetzt weiterkämpfende Arbeitertruppen müßten mit militärischen Mitteln zur Ordnung zurückgebracht werden.

Generalmajor Seekt über die Lage.

(W.B.) Berlin, 26. März. Der neuernannte Militäroberbefehlshaber, Generalmajor Seekt, äußerte in einer Unterredung mit einem Vertreter des „Berl. Tagebl.“ über die nach dem Zusammenbruch des Rapp'schen Unternehmens getroffenen Maßnahmen. Er stellte fest, daß er die bolschewistische Gefahr in Berlin anfänglich überschätzt habe. Sehr ernst sei die Situation im Ruhrgebiet. Die hiesigen Verhandlungen seien zwecklos gewesen. Mit den wirklich wichtigen Elementen, den Kommunisten, sei gar nicht verhandelt worden. Solange wir das Heer in seiner jetzigen Gestalt hätten, müßte es wenigstens aus allen Schichten der Bevölkerung zusammengesetzt werden. Arbeiter und Bürger müßten dabei sein.

Rundgebung gegen die „Rebellenregierung“ der Gewerkschaften.

* Berlin, 27. März. Eine Reihe von Organisationen, darunter der Hansabund, die Vereinigung deutscher Arbeitgebersverbände, der Bund der Handwerker, der Reichsausschuß der akademischen Berufsstände, das Kartell der freien technischen Berufe, der Bund der Landwirte usw. haben dem Reichspräsidenten eine Rundgebung überreicht, in der sie u. a. Gleichstellung mit den Gewerkschaften, Beamten und Angestellten, sowie die Ablehnung jeder Maßnahme fordern, die auf die Umgehung der verfassungsmäßigen Bestimmungen hinzielt.

Die rote Armee.

* Berlin, 27. März. Wie Berliner Morgenblätter melden, wurden ungefähr 300 Mann roter Truppen im Lager Dülmen angegriffen und zurückgeworfen. Die roten Truppen hatten schwere Verluste. Berichte aus dem Kampfgebiet bestätigen, daß der Kern der Roten Armee aus Ausländern besteht. Auch deutsche Offiziere haben sich an ihre Spitze gestellt. So nennt der „Kämpfer.“ den Hauptmann v. Weersfelde und den Hauptmann Boeldt, einen Bruder des berühmten Kampfliegers.

* Frankfurt, 27. März. Ueber die rote Armee im Industriegebiet erhält die „Frf. Ztg.“ von ihrem Sonderberichterstatter eine Schilderung, der wir folgendes entnehmen: Die Führung der Roten Armee liegt ausschließlich in der Hand des Roten Soldatenbundes. Damit ist die Bewegung ins rein kommunistische Fahrwasser gegliedert. Das Groß der „Roten Armee“ bilden Jungen und Mädchen, die durch die Luft am Abenteuer oder durch hohe Löhne angelockt worden sind. Den Rest bildet die Gefolgschaft der Kommunisten und Unabhängigen, aber auch unter ihnen überwiegt die Altersklasse zwischen 18 und 21 Jahren. Während die Zahl der Roten Armee bis jetzt von der Kampfleitung selber auf 50- bis 60 000 Mann geschätzt wurde, spricht man neuerdings bereits von mehr als 100 000. Das mag übertrieben sein, Tatsache ist aber, daß die Roten Truppen noch immer Bezug aus dem ganzen Ruhrgebiet erhalten. Ihre Bewaffnung ist gut. Sie verfügt über eine Unmenge Gewehre, Maschinengewehre, Minenwerfer und zahlreiche Geschütze verschiedener Kaliber, von der Revolverkanone bis zum Fünfzehen-Zentimeter-Geschütz. Organisation und Führung sind überraschend aus.

Einladung!
Freunde und
den 27. März
er
freundliche
Stricker,
Bisfel.
Tuch
Anzüge.
her
Georgii'sche
raße.
sehr
reisen:
archent
amast
ug
lin
lanelle
zeugle
u. farb.
lanelle
se
nhosen
und farbig
emann.
meiner
ut-
ng
-Hüten
modern
beitet.
straße.
en
roffen
Calw.

Vor dem Abbruch der Kampfhandlungen.

* Berlin, 27. März. Wie die „Voss. Zig.“ meldet, wurde gestern in einer Konferenz der drei sozialistischen Parteien in Haag einstimmig beschlossen, Abgesandte nach Brest zu schicken und den Abbruch der Kampfhandlungen zu veranlassen. Die Front löst sich bereits langsam auf.

Roske verteidigt seine Politik.

* Berlin, 27. März. Der „Vorwärts“ beginnt mit der Veröffentlichung einer Reihe von Artikeln, in denen der bisherige Reichswehrminister Roske seine Politik verteidigt.

Rücktrittsgesuch des Generals Märker.

* Berlin, 27. März. Wie der „Berl. Lokalanz.“ meldet, hat General Märker sein Abschiedsgesuch eingereicht.

Die Lebensmittelverhandlungen mit Holland.

(W.B.) Haag, 25. März. Zu der Meldung über die Ankunft von vier rheinischen Delegierten in Haag erzählt das Korr.-Büro von zutändiger Stelle, daß diese Delegierten einer Kommission von rheinisch-westfälischen Städten angehören, die schon vor längerer Zeit Unterhandlungen mit Holland zum Zwecke der Lieferung von Lebensmitteln angeknüpft hatten. Das Korr.-Büro fügt hinzu, daß es nicht zu Verhandlungen mit den vier Delegierten gekommen ist.

Die Haltung Englands und Frankreichs.

(W.B.) Paris, 26. März. Es scheint, daß man auf Grund der seit zwei Tagen zwischen der französischen und der englischen Regierung geführten Verhandlungen über die Antwort an die deutsche Regierung bezüglich der Entsendung von 60000 Mann neuer Truppen in das Ruhrgebiet zur Verstärkung der bereits dort stehenden 40000 Mann regulärer Truppen vor einer Einigung steht. Die Engländer scheinen nunmehr entschlossen zu sein, diese Entsendung, wenigstens bei dem heutigen Stande der Dinge, nicht zu bewilligen. Diese Lösung entspricht den Wünschen der französischen Regierung. Man kann zuversichtlich sein, daß die Alliierten auf die Einwände der französischen Regierung eingegangen sind und darauf verzichtet, in innerpolitische Fragen einzugreifen.

Amerikas loyale Haltung.

(W.B.) Annapolis, 26. März. Wie aus Washington gemeldet wird, teilte das Staatsdepartement mit, Vizepräsident Wallace habe Instruktion erhalten, daß sich die Vereinigten Staaten einer Entsendung deutscher Truppen nach dem Ruhrgebiet zur Niederschlagung der Kommunistenunruhen nicht widersetzen, wenn die deutsche Regierung darum ersuchen sollte.

Die bolschewistische Frühjahrsoffensive.

(W.B.) Amsterdam, 26. März. Wie „Telegraaf“ aus London meldet, vermutet man dort, daß ein Zusammenhang zwischen den Ereignissen in Deutschland und den heftigen Angriffen des russischen Bolschewistenheeres an der polnischen Front bestehe. Der Warschauer Korrespondent der „Times“ meldet: Die bolschewistische Offensive gegen Polen auf einer Front von 560 Kilometer dauert an. Die Angriffe im Wolyn-Gebiet sind wieder aufgenommen worden und auch weiter südlich wird heftig gekämpft.

* Berlin, 27. März. Nach einer Meldung des „Berl. Lokalanz.“ aus Kopenhagen hat die bolschewistische Armee auf 400 Meilen Ausdehnung gegen die polnische Grenze an verschiedenen Punkten Angriffe unternommen, offenbar zur Einleitung der Frühjahrsoffensive.

Die französische Außenpolitik.

In der französischen Kammer begründete gestern Louis Barthou, der Vorsitzende der Kommission für auswärtige Angelegenheiten, eine Interpellation über die auswärtige Politik Frankreichs. Barthous Rede beschäftigte sich ausschließlich mit dem deutschen und russischen Problem. U. a. führte der Redner aus, Deutschland entziehe sich den wichtigsten Vertragsbestimmungen, namentlich im Hinblick auf die Entwaffnung und die Kohlenlieferungen. Attentate gegen französische Offiziere und Soldaten kommen häufig vor. Frankreich müsse mit seinen Alliierten handeln, aber wenn sie nicht mitgehen wollten, auch ohne sie. Frankreich sei noch groß und stark genug, um die Verletzungen, die in der Verletzung des Friedensvertrages liegen, zu verfolgen.

Barthou besprach alsdann die Nichtratifizierung durch Amerika und sagte, es sei auch keine Hoffnung, daß Amerika schließlich doch noch ratifizieren werde. Vor allem aber sei es bedauerlich, daß es dem Völkerverbund, der ein Instrument des Friedens und des Fortschritts sei, nicht angehöre. Barthou wunderte sich, daß Lord Robert Cecil von dem Vorteil Englands in Afrika gesprochen habe. England habe auch in Europa seine Sicherheit erhalten durch die Zerstörung der deutschen Flotte, während Frankreich noch nicht einmal wisse, warum die deutsche Armee entwaffnet worden sei. Man habe die deutsche Armee als eine siegreiche Armee nach Deutschland zurückkehren lassen. Barthou beklagte sich auch darüber, daß die allgemeine Dienstpflicht in England verschwunden sei. Auf England ruhe die Last nicht mehr, einen Teil der Jugend unter Waffen zu halten. Mit Schärfe wandte sich Barthou gegen die Versuche, den Friedensvertrag zu revidieren. Diese Revision werde jedoch nur gemacht werden auf Kosten von Frankreich und zum Nutzen von Deutschland.

Der Interpellant ging alsdann dazu über, das russische Problem zu besprechen. Er sagte, man solle sich in acht nehmen, daß man angesichts der Haltung von Ritti und der Tatsache, daß Lloyd George die italienische Politik ermutigt, nicht in Rußland zu spät komme. Schließlich erklärte Barthou, Amerika habe im Kriege 51000 Soldaten verloren; das bedeute einen Mann auf 2000 Einwohner, Italien 465000 Mann,

Amliche Bekanntmachungen.

Betrifft: Zahlung der Ablieferungsprämien für Brotgetreide und Gerste.

Das Direktorium der Reichsgetreidestelle hat mit Rundschreiben vom 8. März, R.N. 184, U. 154, die Befehle ergehen lassen, den Landwirten bekannt zu geben, daß für alle aus der Ernte 1919 bisher abgelieferten und noch bis zum 15. April ds. J. zur Ablieferung kommenden Mengen an Brotgetreide und Gerste außer dem Grundpreise die höchste Prämie von 300 Mark für jede Tonne gezahlt wird, ferner, daß diese Prämie auf Antrag auch nach dem 15. April noch gewährt wird, wenn die Ablieferung des Getreides aus Gründen, die der Lieferer nicht zu vertreten hat, nicht rechtzeitig hat erfolgen können, und daß im übrigen nach dem 15. April eine Senkung der Prämie um 100 Mark, also auf 200 Mark für die Tonne, eintritt, soweit es sich nicht im einzelnen Falle um weitere Ablieferungen eines Landwirts handelt, der bereits seine berichtigte bezw. endgültig festgesetzte Mindestablieferungsschuldigkeit voll, also zu 100 Prozent, erfüllt hat.

Diese Prämien werden ohne Rücksicht auf die gemäß der Verordnung vom 1. September 1919 (Reichsgesetzbl. S. 1995) gezahlten Lieferungszuschläge gewährt. Letztere Zuschläge werden also von der Prämie nicht abgezogen.

Die Berechnung der Prämien erfolgt mit künftiger Beschleunigung. Die Beträge werden, sobald solche von der Reichsgetreidestelle Berlin eingegangen sind, zur Auszahlung gelangen.

Die Herren Ortsvorsteher werden ersucht, Vorstehendes ohne Verzug in ortstüblicher Weise bekannt zu geben und die landwirtschaftlichen Unternehmer im Hinblick auf den äußerst gefährdeten Stand der Volksernährung eindringlich darauf hinzuweisen, daß auf der reiflichen Erfüllung des Ablieferungsfolks unter allen Umständen beharrt werden muß.

Calw, den 24. März 1920.

Kommunalverband Calw: Oberamtmann G.S.

gleich einen Mann auf 79 Einwohner, England 835000 Mann, also einen Mann auf 26 Einwohner, Frankreich angeblich 1350000 Mann, was aber in Wirklichkeit hinter der Wahrheit zurückbleibe, also einen Mann auf 28 Einwohner. Diese Toten, diese Ruinen seien die Zeugen Frankreichs. Sie legten Deutschland, welches das Defizit verursacht habe, die Notwendigkeit der Wiedergutmachung, die im Friedensvertrag eingeschrieben sei, auf. Mit einer gegnerischen Stimme jagten Frankreichs Lote zu Frankreichs Alliierten, die Solidarität aufrecht zu erhalten, die während des Krieges bestanden habe.

Der Ministerpräsident Millerand kam in seiner Besprechung der Interpellation auch auf den Versailler Vertrag zu sprechen. Er sagte, Deutschland habe versucht, sich den Verpflichtungen des Friedensvertrages zu entziehen, so hinsichtlich der Auslieferung der Schuldigen, ebenso in der Frage der Kohlenlieferungen und bezüglich seiner Entwaffnung. Deutschland habe nichts unternommen, um seine bewaffnete Macht zu vermindern. Wegen der Angriffe auf die alliierten Offiziere in Berlin und Bremen habe Marschall Foch von Alliierten einen Vorstoß unternommen, der Wiedergutmachung, sowie neue Garantien gegen eine Wiederkehr solcher Ereignisse verange. Bezüglich der Entsendung von deutschen Truppen in die neutrale Zone des Ruhrgebietes fragte Millerand, wer denn den direkten Vorstoß gebe, daß die deutschen Truppen nach Wiederherstellung der Ordnung die neutrale Zone wieder verlassen würden. Zum Schluß betonte der Ministerpräsident die unbedingte Notwendigkeit der Durchführung der Vertragsbestimmungen. Die Lage sei schwierig und diese Schwierigkeiten forderten eine einheitliche Front der Alliierten gegenüber dem deutschen Versuch, sich den vertraglichen Bestimmungen zu entziehen.

Kleine politische Nachrichten.

Präsidentenwahl im badischen Landtag.

(W.B.) Karlsruhe, 26. März. Der Landtag nahm heute vor Eintritt in die Osterferien die verfassungsmäßige Wahl des Staatspräsidenten vor. Es wurden einstimmig der bisherige Staatspräsident Geiß und als sein Stellvertreter Justizminister Trunk gewählt.

England und der Wiederaufbau Deutschlands.

(W.B.) London, 26. März. Lloyd George äußerte in einer Rede: Deutschland muß die Schäden wieder gutmachen, die es verursacht hat. Um dies zu ermöglichen, sind die Vertreter Großbritanniens bereit, jeden gerechten und vernünftigen Vorschlag Deutschlands entgegenzunehmen, um die zur Wiederherstellung seiner Industrie erforderlichen Kredite zu erhalten. Wenn Deutschland den festen Willen zeigt, die durch die Unterzeichnung des Friedensvertrages übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen, so kann es darauf zählen, auf vernünftige und hochherzige Art behandelt zu werden. Dies wäre das beste Mittel, um den Frieden in Europa und gute Beziehungen unter allen Nationen wiederherzustellen.

Kreditgewährung für Mitteleuropa.

(W.B.) Kopenhagen, 26. März. Wie „Eibens Teg“ in Christiania erfährt, wird Ende ds. Mts. in Kopenhagen eine vorbereitende Konferenz über die Kreditgewährung in Mitteleuropa stattfinden, woran Vertreter der dänischen, schwedischen und norwegischen Regierung, sowie der Direktor des englischen Kreditwesens teilnehmen werden.

Dänische Befehle der 1. Zone in der Nordmark.

(W.B.) Kopenhagen, 26. März. Wie die Zeitungen aus Helsingborg melden, hat die interalliierte Kommission dem Ansuchen des dänischen Ministers für Schleswig Hansen zugestimmt, daß Dänemark die erste schleswigsche Zone bis zur sog. Clausenischen Linie mit Militär- und Zivilbehörden besetzt.

Ratifizierung des Friedensvertrags durch Kuba.

(W.B.) Berlin, 26. März. (Amlich.) Nach Mitteilung der französischen Regierung hat Kuba den Friedensvertrag von Versailles ratifiziert.

Rücktritt des türkischen Kabinetts.

(W.B.) Konstantinopel, 26. März. (Neuter.) Das Kabinett Sali Pascha ist zurückgetreten. Damad Ferid Pascha wurde mit der Bildung des neuen Kabinetts betraut.

Aus dem ostpreussischen Abstimmungsgebiet.

(W.B.) Allenstein, 26. März. Die interalliierte Kommission hat dem Oberbürgermeister Zülich und den stellvertretenden Kommandeur der Sicherheitspolizei in Allenstein, Major Odenburg, wegen Ungehorsams vom Amte enthoben und ausgewiesen.

Das Deutschtum in der Tschechoslowakei.

(W.B.) Prag, 26. März. Wie die „Bohemia“ meldet, ist im Einvernehmen mit den deutschen politischen Parteien und im Zusammenhang mit der deutschen politischen Arbeitsstelle eine „Deutsche Nachrichtenstelle G. m. b. H.“ gegründet worden. Ihre Ziel ist ein ständiger schriftlicher, telephonischer und telegraphischer Nachrichtendienst für die Blätter des In- und Auslandes, sowie Propaganda im In- und Auslande im Interesse des gesamten Deutschtums.

Ein polnischer Zwischenfall.

(W.B.) Danzig, 26. März. Wie die Blätter melden, kam es gestern abend auf dem Bahnhof Hohenstein bei Dirschau zu einem Zwischenfall mit polnischen Soldaten und deutscher Gendarmerie. Es kam zu einem Wortwechsel und in dessen Verlauf zu einer Schießerei. Ein deutscher Gendarm wurde schwer verwundet, auf polnischer Seite 2 Mann getötet und 2 weitere schwer verwundet. Die vorgenommenen amtlichen Feststellungen über die Schuldfrage sind noch nicht abgeschlossen.

Wirtschaftsfragen.

Die Vereinigung süddeutscher Handelskammern hielt am 12. März im Sitzungssaal der Handelskammer zu Wiesbaden ihre erste Tagung im besetzten Gebiet ab. Vertreten waren die Handelskammern Bingen, Handelskammer für die Provinz Birkenfeld, Darmstadt, vereinigte Handelskammern Frankfurt-Hanau, Gießen, Heilberg, Köln, Mainz, Mannheim, Offenbach, Pforzheim, Schwarzwälder Handelskammer für den Kreis Billingen und Amtsbezirk Neustadt, Stuttgart, Trier, Wiesbaden, Worms sowie die hessische Industriestelle. Nach Begrüßungsworten des Vorsitzenden der Handelskammer Wiesbaden, Herrn Kommerzienrat Fehr-Flach und des Vorsitzenden der Vereinigung berichtete der Syndikus der Handelskammer Mannheim zur Frage des Reichswirtschaftsrats.

Nach eingehender Aussprache beschloß die Versammlung, an den Deutschen Industrie- und Handelstag und den Reichsverband der Deutschen Industrie ein Telegramm mit dem dringenden Ersuchen zu richten,

wegen Benennung der Industrievertreter zum Reichswirtschaftsrat unter allen Umständen eine Einigung herbeizuführen in dem Sinne, daß auf der Grundlage der Gleichberechtigung eine gemeinsame Liste aufgestellt wird. Der Streit um die Nominierung der Vertreter liege nicht im Interesse der Industrie.

Der gleiche Berichterstatter behandelte auch die Frage

Bezirkswirtschaftsräte und Handelskammern.

Die einzelnen Bundesstaaten seien aufgefordert worden, die Handelskammergesetzgebung bis zur endgültigen Regelung der Frage der Schaffung eines Reichsrahmengesetzes für die Handelskammern und eines Gesetzes über die Bezirkswirtschaftsräte zurückzustellen. Ueber die

Reichseisenbahnfrage

berichtete der Syndikus der Handelskammer Stuttgart.

Die Vereinigung beschloß, folgende Erklärung abzugeben:

1. Die Vereinigung süddeutscher Handelskammern begrüßt die durch Reichsverfassung von 1919 gesicherte und nunmehr durch Staatsvertrag beschleunigt durchzuführende Verstaatlichung des deutschen Eisenbahnwesens als Verwirklichung einer von der Vereinigung aus wirtschaftlichen Gründen seit Jahrzehnten erhobenen Forderung.
2. Sie erwartet, daß damit das Reich eine einheitliche Verkehrspolitik durchführt und daß diese einheitliche Verkehrspolitik als eine der wichtigsten Maßnahmen zum des deutschen Wirtschaftslebens betrachtet wird.
3. Unbeschadet der unbedingt erforderlichen Verkehrseinheit muß den einzelnen Eisenbahndirektionen der verschiedenen bundesstaatlichen Gebiete unmittelbar dem Reichsverkehrsministerium angegliedert werden. Die Einschlebung von Landesverkehrsämtern ist abzulehnen, um partikularistische Bestrebungen einzudämmen.
4. Organisation und Bildung der Eisenbahndirektionsbezirke sind vielmehr nach rein sachlichen, nicht politischen Gesichtspunkten vorzunehmen. Sie können insbesondere für die Uebergangszeit in Anlehnung, aber nicht Bindung an die bisherigen Grenzen nach einzelnen Staaten gebildet werden.
5. Angesichts der weiten Entfernung von Kohlen- und Kohlenstoffgebieten und den für den Weiterverkehr maßgebenden Seehäfen vom Süden und Südwesten Deutschlands spricht die Vereinigung den dringenden Wunsch aus, daß bei Festsetzung der Tarifpolitik den besonderen Verhältnissen der südlichen und südwestlichen Gebiete Deutschlands durch ent-

Oberamtsparkasse Calw Bekanntmachung betreff. die Einführung d. Scheckverkehrs.

Für die Giroteilnehmer hat die Oberamtsparkasse den Scheckverkehr eröffnet. Scheckhefte können von den Girokunden innerhalb der üblichen Kassenstunden in Empfang genommen werden. Von nun ab besorgt die Oberamtsparkasse für ihre sämtlichen (Spar- u. Giro-)Kunden auch den unentgeltlichen Einzug von Schecks jeder Art (Spar- und Bank-Schecks).

- Aus diesem Anlaß weisen wir darauf hin, daß:
1. die Höhe der Guthaben auf Giro- und Scheckkonto keiner Beschränkung unterworfen ist;
 2. die Giro- und Scheckguthaben täglich mit 3% verzinst werden;
 3. der Giro- und Scheckverkehr der Sparkassen gebühren-, steuer- und portofrei ist;
 4. Zahlungen auf dem Girowege innerhalb ganz Deutschland gemacht werden können.

Wegen der überaus großen Vorteile die der Giro- und Scheckverkehr (Bar- und Scheckverkehr) für die Giroteilnehmer mit sich bringt, empfehlen wir jedermann, den Antrag auf Eröffnung eines Giro- und Scheckkontos bei uns zu stellen.

Bessere Auskünfte werden an der Kasse gerne erteilt.
Den 18. März 1920.

Oberamtsparkasse Calw.
Pommert. Unger.

Bezirksarbeitsamt für die Oberamtsbezirke Calw u. Nagold.

Nach der Verordnung des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilisierung vom 17. Februar 1919 über die Pflicht der Arbeitgeber zur Anmeldung eines Bedarfs an Arbeitskräften (Staatsanzeiger vom 12. März 1919 Nr. 59) ist jeder Arbeitgeber, welcher 5 und mehr Arbeitskräfte benötigt, verpflichtet, 24 Stunden nach Eintritt des Bedarfs bei einem nicht gewerbmäßigen Arbeitsnachweise (Arbeitsamt), welcher sich mit der Vermittlung von Arbeitskräften der benötigten Beschäftigungsart befaßt, anzumelden. Die Unterlassung dieser Meldungspflicht ist mit Strafe bedroht.

Sodann enthält die Verordnung des Reichsministeriums für wirtschaftliche Demobilisierung zur Behebung des Eitermangels in der Landwirtschaft vom 16. März 1919 (G. Bl. S. 310) — welche sich noch in Kraft befindet — folgende wichtige Bestimmung:

- § 1. Die Arbeitgeber in der Land- oder Forstwirtschaft sind verpflichtet, jede offene Stelle sofort einem nicht gewerbmäßigen Arbeitsnachweise anzumelden, sowie von jeder Besetzung der als offen gemeldeten Stellen dem Arbeitsnachweise, bei dem die Anmeldung erfolgt ist, binnen 24 Stunden Mitteilung zu machen. Arbeitgeber und Unternehmer werden wiederholt auf die Einhaltung dieser Bestimmungen aufmerksam gemacht. Zuwiderhandlungen müssen zur Anzeige gebracht werden.
Calw, den 24. März 1920.

Verwalter: Prof.

Altburg Stammholz-Verkauf.



Im Submissionsweg werden verkauft:

Forchen:
Langholz: 9,75 Fm II. Kl., 75,28 Fm III. Kl., 78,97 Fm IV. Kl., 11,02 Fm V. Kl.
Sägholz: 3,42 Fm II. Kl., 1,04 Fm III. Kl.

Tannen:
Langholz: 16,54 Fm I. Kl., 42,98 Fm II. Kl., 64,12 Fm III. Kl., 34,73 Fm IV. Kl., 23,35 Fm V. Kl.
Sägholz: 3,06 Fm II. Kl., 2,30 Fm III. Kl.

Offerten wollen nach der heutigen Forstlage für Hirsau in ganzen Prozentsätzen ausgedrückt bis spätestens Samstag, den 3. April 1920, nachmittags 2 Uhr beim Schultheißenamt eingereicht werden.
Den 26. März 1920

Gemeinderat.

Ottenbronn.

Am Donnerstag, den 1. April, nachmittags 2 Uhr, kommen auf dem Rathaus aus Gemeindevald Oberholz und Müdig zum Verkauf:

281 Stück Langholz
meist Fichten u. Forchen,
II. u. V. Kl. mit 207 Festm.,
13 Stück Sägholz,
II. und III. Kl. mit 8,86 Festm.
1 Los 24 Stück ungeroppelte Fichten
V. und VI. Klasse, mit 4,45 Fm.
Der Gemeinderat.

Das Calwer Tagblatt kann jederzeit bestellt werden!

Bezirks-Ausschuß des Evangelischen Volksbundes ladet zu einer wichtigen Sitzung

auf Montag, 29. März, mittags 3 Uhr,
im Gasthof zum „Ablor“ (Nebenzimmer)

ein. Jede Ortsgruppe sollte vertreten sein (bis 500 Mitglieder mit 1 Vertreter, über 500 Mitglieder mit 2 Vertretern.)

Wahl des Vorsitzenden.
Bezirksstatuten.
Vertretertag in Stuttgart

Mäh-Maschinen, Pflüge, Cultivatoren, Acker- und Wieseneggen, Kreisfägen, Sutterschneidmaschinen, Dreschmaschinen, Putzmühlen, Schrotmühlen

mit und ohne Siebvorrichtung
empfiehlt

Gg. Wackenhuht, Biergasse.
Calw.

Abfallholz

kommt am Montag, den 29. März 1920, nachmittags
6 Uhr im Aulstreich zum Verkauf
Zusammenkunft bei der „Linde“.

Stadtpflege: Frey.

Nichthalden.

Nadelstamm- holz-Verkauf.



Die hiesige Teilgemeinde verkauft im Submissionsweg:

1. Forchen
180 Stück mit 161 Fm. II.-VI. Klasse, etwa die Hälfte schöne Forchen.
2. Tannen
240 Stück mit 109 Fm. II.-VI. Klasse.
Angebote wollen bis Mittwoch, den 31. ds. Mts.,
mittags 1 Uhr, beim Anwaltsamt eingereicht werden.
Bei zu neuem Angebot behält die Gemeinde die
Erteilung des Zuschlags vor.

Gemeinderat.

A. Oelschläger'sche Buchdruckerei, Calw



Wir halten uns zur sauberen Herstellung aller Druckarbeiten

bestens empfohlen. Unser reichhaltiges Schriften- und Ziermaterial, unsere vorzügliche maschinelle Einrichtung setzen uns in den Stand, alle in Industrie-, Handels- und Gewerbebetrieben benötigten Drucksachen rasch und preiswert herzustellen. — Der neuzeitlichen Geschmacksrichtung Rechnung tragend, ist unser Bestreben darauf gerichtet, alle Aufträge in vornehmer, gediegener Ausstattung zur Ausführung zu bringen

*

Zur Saat

empfehle

- Rotklee samen
- Luzerne (Ewiger Klee)
- Weißklee (Steinklee)
- Timothy (Fuchschwanz)
- Grassamen

Mischung
Gartensamen
aller Art in bester keimfähiger Ware zu billigsten Tagespreisen

Otto Jung,
Landesprodukte.

Hühneraugen

Hornhaut etc. beseitigt
dauern

Ria-Balsam!

Tausendfach bewährt.
Viele Nachbestellungen
Preis Mk. 3.— franko.
Nur zu beziehen durch
Hofapotheke Hechingen,
(Hohenz.)

Zarte, Hände

weisse
erzeugt d. herrlich duftende
„Sameln“. Bei aufgesprungenem, rotem, rissiger Haut und bei Frostbeulen dürfte es nie fehlen. Zu haben in der Ritter-Drogerie

Frauen-Artikel

zur Schönheits- u. Gesundheitspflege empfiehlt
Verandaesje „Standard“
Dijnaan. Rückporto beifügt.

Kopfläuse

beseitigt radikal
„Haarelement“. Reinigt u. erfrischt vorzögl. die Kopfhaut. Entfernt die lästigen Schuppen. Bei Hutsteiner & Kistowsky, Ritter-Drogerie, Calw.

In Liebenzell

sucht junger Kaufmann auf
1. April guten

Kosttisch

und auf 1. Mal
möbliertes, schön
gelegenes

Zimmer

eventl. mit Pension
zu mieten.
Angebote unter S. N. 72
an die Geschäftsstelle d. Bl.

Liebenzell, den 26. März 1920.

Dankfagung.



Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme an dem unersehlichen Verluste meiner lieben Gattin, unserer treubehorgten Mutter, Großmutter und Schwölgernmutter

Wilhelmine Dertel

geb. Frommer,

für die trostreichen Worte des Herrn Geistlichen und die so zahlreiche Begleitung zur letzten Ruhe, sage auf diesem Wege herzlichen Dank

im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Georg Dertel.

Uderverkalkung, Schwindelanfälle,

Herzbehemmungen, Angst- u. Schwächezustände. Berl. Sie kostenlos, ausführl. Broschüre.

Dr. Gebhard & Cie., Berlin W 35,
Potsdamer Str. 104a.

Bruchleidende

Eine Erlösung von dauernder Qual ist das berühmte
„Spranzband“
keine Gummiband, ohne Feder und ohne Schenkelriemen, trotzdem unbedingt zuverlässig. Mein Vertreter ist am
Dienstag, den 30. März mit Kuffern in Calw im Gasthof zum „Ablor“, von vormitt. 9 Uhr bis nachmitt. 5 Uhr für alle Bruchleidende zu sprechen. Prospekte versendet kostenlos d. Erfinder u. Hersteller Hermann Spranz, Unterkochem.

Achtung! Als Osterhase Achtung!

empfehlen wir unsere
billigen Ziehharmonikas

das Stück von 40 Mark an. Auf Wunsch erhält jeder Käufer Unterricht von Meisterpieler Hohnloser.

Ziehharmonikafabrik Gebrüder Hohnloser
Pforzheim, Bergstraße 27.

Latrinen-Entleerung.

Ab Montag, den 29. ds. wird wieder die Latrinen-Entleerung, da genügend Anmeldungen vorliegen, fortgesetzt. Die Latrine steht bis einschl. 31. ds. den hiesigen Unternehmern zu; in der darauf folgenden Woche kann dieselbe wieder von Auswärtigen abgeholt werden.
Stadtbauamt: Herbolzheimer.

Ein Quantum
la. Obsttrester
zu Futterzwecken
hat zu verkaufen
Gotthilf Bihler,
Hengstetterstraße.

Kaufe fortwährend Alteisen und Metall

zu den
höchsten Tagespreisen.
Andreata, Hirsau.

1 beinahe neuer
**Webers
Bachofen,**
(10-12 Laib)

1 Blasbalg
für Schmiede und Schlosser,
sehr gut erhalten, billig zu verkaufen
St. Preusch, Flaschnermeister, Unterreichengbach.

Gelegenheitskauf.

67 Violinsaiten
(Friedensware)
G-, C-, D-Saiten sind sofort preiswert zu verkaufen.
Zu erfragen
Buchbinderei Stäler,
Biergasse 120.

Zickel-

sowie alle andern Felle
kauft zu den höchsten Tagespreisen.
E. Maischofer,
moderne Tieraustopferlei,
Pforzheim, Lindenstr. 52,
Telephon 1501.

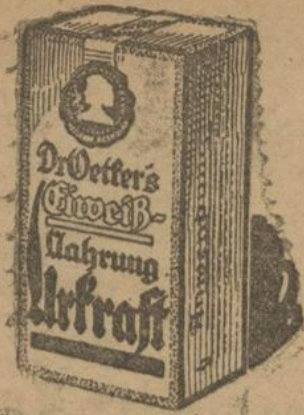
Zu verkaufen:
Ein noch gut erhaltenes,
vollständiges, größeres
Kinderbett,
sowie ein kleiner
Waschkeffel.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Bl.

Ein Paar gute
Stiefel
Größe 39-40
sind preiswert zu verkaufen.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Bl.

Dr. Detler's Eiweiß-Nahrung Kräfte

Ist natürliche, hochkonzentrierte Vollnahrung zur raschen Kräftigung Kranker, Schwacher, Genesender, Kinder, sowie werdender und stillender Mütter.

Regelmäßig täglich 3 Teelöffel voll in Getränken und Speisen zu nehmen.



Ärztlich empfohlen.
In Baden in Schachteln à 100 gr. Preis M. 5. In Drogen- u. Apotheken, wo nicht, wende man sich an
Frochtingswerke Detlers & Co. G.m.b.H. Bielefeld.

Lichtspieltheater „Bad. Hof“

Morgen Sonntag Mittag 3 1/2 Uhr und abends 7 1/2 Uhr:

Die Braut des Cowboy.

Sensations- und Wildwest-Drama in 4 Akten, sowie das Lustspiel

Eine halbe Stunde Vater.

Die waghalsigen Leistungen der Hauptdarsteller, die äußerst spannenden Verfolgungs-Szenen verbunden mit großer dramatischer Handlung stampeln diesen Schlager zu einem außergewöhnlichen! Zeils in d. amerikanisch. Großstädten, teils im wilden Westen in Kalifornien spielend, ist das Filmwerk von Anfang bis zu Ende sensationell.

Friedrich Deyle
Calw Bahnhofstrasse

Spezialgeschäft in Baumwollwaren

Kein Laden!

Leinöl und Bodendöl

Neu eingetroffen:

Weiße und bunte Farben in 1a. Leinöl abgerieben, Dosen zu 1, 2 1/2 und 5 kg,
Emailack weiß, Fußbodenack in gelber und rötlichbrauner Farbe, Dosen zu 1 kg,
Möbel- und Dekorationsack, hellgelb,
Eisenack, Herdack grün und rotbraun, bei
Carl Serva, Fernsprecher Nr. 120.

Stahlspläne u. Bodenwische.

Zu verkaufen:

1 T-Träger
4,90 met. l., 0,18 hoch, neu, 1 große
Zinkbadewanne
gut erhalten,
1 Waschkessel
Schmeldeisen, 100 Lit. haltend, 1 Paar
Offiziersreitstiefel
Größe 40, 4 große
Räder samt Achsen
Undreata, Hirsau.

Bad Liebenzell.

Hotel-Restaurant Kurpark wieder eröffnet.

Hochachtungsvoll Josef Sommer.

Bad Teinach.

Bringe mein

Lager in landwirtschaftl. Maschinen

in empfehlende Erinnerung.

G. Koller, Schmiede- u. mech. Werkstätte.

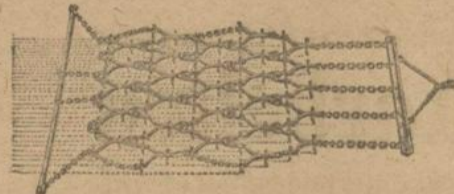
Eine bereits neue 3teilige Glattenwalze m. Scharnier, sowie eine Anzahl neue Militärkastenwagen und einen abgerichteten, Wagen etwa 80 Zentr. sehr guten, starken Tragkraft, hat billig zu verkaufen. Der Obige.

Achtung! Achtung! An- und Verkauf von gebrauchten Ziehharmonikas

im Spezialgeschäft für Reparaturen an Harmonikas
Gebr. Hohnloser, Pforzheim, Bergstr. 27.



Karrenpflüge, Wendepflüge,



Adereggen, Wieseneggen, Kultivatoren

zu noch mäßigen Preisen empfiehlt
Emil Netter, Weilderstadt.

Alleisen, Altguss, Altmetall
kauft in jeder Menge
Carl Herzog, Eisenhandlg.

Kirchen- Gesangverein.

Montagsprobe für Chor u. Orchester muß verschoben werden auf
Dienstag abd. 8 Uhr
Vollzähliges Erscheinen unbedingt notwendig.



Calwer Lieber-
kranz.
Gemischter Chor
Montag nicht Dienstag
B.

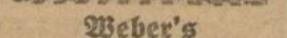


Eine Partie Württemberger

Rottleesamen

pr. Pfund Mk. 20.— solange
Vorrat, versendet

Chr. Burghardt,
Altensteig Telefon Nr. 19.



Weber's
Hausbacköfen
Koch- u. Backherde
Fleischränder
und Dörrapparate
sind die besten und bewährtesten.
Weber 80000 St. im Gebrauch.
Anton Weber, Ettlingen.
(Baden).



Alle Musikinstrumente für Haus und Orchester von den einfachsten Schüler- bis zu den feinsten Künstler-Instrumenten, aller Zuber, Saiten u. s. w. in reicher Auswahl empfiehlt

Musikhaus Erth,
Pforzheim, Leopoldstr. 17
Arkadenriedlisch-Rohbrücke
Großhandlung Einzelverkauf
Ankauf abgepielter
Grammophon-Platten
u. Besch. per kg. Mk. 10.—
Ausführung aller
Reparaturen und Stimmen



Ruf's Heidelbeeren mit Zutat. Pakete zu 100 Liter
M. 42.50

Ruf's Heidelbeeren mit Zutat. Pakete zu 50 Liter
M. 21.50, mit Süßstoff 100
Liter M. 3.50 teurer.

Ferner Kunstmostansatz mit Heidelbeersatz, mit und ohne Süßstoff, in Flaschen zu 50 und 100 Liter.

Niederlagen:
Friedrich Lamparter, Calw.
Emil Körner, Hirsau. Fr.
Oswald, Liebenzell. Carl
St. alle, Althengstett. Gott.
Sattler, Stammheim. Gott-
Walz, Deckensronn.

Emmy Kurz Anton Widmann

Verlobte
Calw Pfullendorf
März 1920.

Kirchengesangverein Calw.

Passionskonzert

am Karfreitag, 2. April 1920, nachmittags 5 Uhr, in der Stadtkirche in Calw unter freundlicher Mitwirkung hiesiger und auswärtiger Musikfreunde. Leitung: E. Rheinwald.

Werke von J. S. Bach,
Palestrina, Haydn u. Brahms.

Eintritt nach Belieben, nicht unter Mk. 1.—.
Karten an der Kasse, im Vorverkauf in der Buchhandlung Kirchherr und bei Mesner Rüd. Der Keinertrag ist für das Kriegerdenkmal an der Stadtkirche bestimmt.

Gartengeräte aller Art

Gabeln, Hauen, Schaufeln,
Baum- und Handsägen,
Striegel, Ketten,
Friedrichstaler Sensen,
Brückenwagen, Hohlmaße
und Siebe.

Eugen Dreiß.

FRIEDRICH DAUR CALW

Baumwollene schwarze
Sommerstrümpfe.

Zum Reinigen und Färben

werden wieder Gegenstände
angenommen bei

Julie Schimpf, Badstrasse.

Aus Privathand guterhaltenes

2-4 sitzig. Auto zu kaufen gesucht.

Angebote unter D. 61 an die Geschäftsstelle des Blattes.

3 Birnbauastämme,
1 Apfelbaumstamm

180 Zentimeter kann, hat zu verkaufen
Gottlob Anasse, Neuhengstett.